

Protokoll über die Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 05.03.2026
Beginn: 17:01 Uhr
Ende: 18:51 Uhr
Ort, Raum: Rathaus der Stadt Alfeld (Leine), Marktplatz 1, 31061 Alfeld
(Leine)Großer Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende

Beigeordnete Waltraud Friedemann

stellvertretender Vorsitzender

Ratsherr Lukas Lohmann

Mitglied

Ratsherr Paul Bieder
Ratsherr Dr. Volker Grasemann
Ratsherr Jörg Schaper
Ratsherr Christian Voit
Ratsherr Dirk Dräger
Ratsherr Guido Franke

Vertreter

Ratsherr Thorsten Dinkela

Bürgerdeputierter

Herr Thomas Seifert-Kirstein
Herr Kai Friedemann
Frau Nadine Meier

stellvertretender Bürgerdeputierter

Herr Mathias Heintzel

Von der Verwaltung

Herr Bernd Beushausen
Frau Dr. Sonja Granzow
Frau Jennifer Holzgreve
Frau Miriam Feth (Protokollführerin)
Herr Aaron Voß
Frau Alicia Tisemann

Zuhörer:

Frau Jennifer Wöhler
Frau Peggy Keyer
Frau Olga von Einem
Zwei Schülerinnen der Car-Benscheidt Realschule

Abwesend:Mitglied

Ratsfrau Nadine Fischbock

Bürgerdeputierter

Herr Dr. Volker Bullwinkel

Bürgerdeputierte

Frau Jutta Eilert

Frau Nadine Meier

Öffentlicher Teil**1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Jugend- und Sozialausschusses sowie der Tagesordnung**

Frau Friedemann eröffnet die Sitzung um 17:01 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Anschließend stellt sie die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die Tagesordnung fest.

2. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Jugend- und Sozialausschusses am 06.11.2025

Frau Friedemann bittet um Abstimmung über das Protokoll.

Das Protokoll vom 06.11.2025 wird einstimmig genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Frau Wöhler merkt an, dass Sie sich zu TOP 6 äußern möchte.

Herr Beushausen schlägt vor, dass die Vorsitzende später zu diesem TOP die Sitzung öffnet, damit die Anmerkung von Frau Wöhler thematisch passend ist.

4. Evaluationsbericht des Familienzentrum für das erste Förderjahr; Vorlage: 546/XIX

Frau Tisemann stellt den Bericht anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage 1).

Frau Friedemann bedankt sich für die Präsentation. Sie berichtet, dass sie das Familienzentrum bereits mehrfach besucht hat. Anfangs war es fraglich, ob dieses Angebot gut angenommen werden wird, aber mittlerweile ist klar, dass die Einrichtung die richtige Entscheidung war, um arme Familien zu unterstützen. Sie befürwortet es, dass das Familienzentrum nicht an eine Kita angedockt ist und hört viel von Ehrenamtlichen, die sich dort engagieren, um Familien zu unterstützen.

Herr Franke fragt, wie eine dauerhafte Finanzierung des Familienzentrums sichergestellt werden kann und ob es nach Ablauf der dreijährigen Förderperiode schon Aussichten auf weitere Förderungen gibt, da es sich um eine freiwillige Leistung der Verwaltung handelt.

Herr Beushausen antwortet, dass immer nach Fördermitteln gesucht wird und verweist hierzu auch auf TOP 6. Das Familienzentrum und die zugehörigen Personalstellen sind auf drei Jahre befristet. Er lobt die Arbeit der Kollegen dort. Eine Weiterführung ist Entscheidung der Politik und des neuen Rates, aber Armut bleibt weiterhin ein aktuelles Thema. In der Zwischenzeit wird kontinuierlich nach Anschlussförderungen gesucht.

Herr Dinkela merkt an, dass er klare Positionen der Parteien hierzu erwartet und dass er die Verantwortung nicht in der Verwaltung sieht. Seine Fraktion sieht dieses Projekt als sehr wichtig an, da die sozialen Folgekosten bei einer Nicht-Weiterführung höher sind als die Kosten, die das Familienzentrum verursacht.

Herr Franke verweist auf das Begleitschreiben zur Haushaltsgenehmigung. Auch wenn der Rat eine Weiterführung beschließt, kann die Kommunalaufsicht Einspruch einlegen.

Herr Beushausen bemerkt, dass sich beide Ansichten ergänzen und man das Familienzentrum braucht. Kommunale Daseinsvorsorge ist eine freiwillige Leistung bei der immer Unsicherheit besteht, dass sie eingekürzt wird. Er wünscht sich eine gesetzliche Verankerung dieser Aufgabe auf Landesebene.

Herr Voit lobt das Familienzentrum und bedenkt, dass die angegebenen 75 Besucher wahrscheinlich nicht immer unterschiedliche sind. Zur Rechtfertigung der Weiterführung müssen Erfolge messbar dargestellt werden.

Frau Friedemann erklärt, dass ein Ziel des Familienzentrums die Rückführung von Menschen aus dem SGB II-Bezug ist. Dies ist ein langfristig angelegtes Ziel, welches nicht unbedingt messbar ist.

Frau Dr. Granzow merkt an, dass das Familienzentrum auch im Interesse des Landkreises ist, da so auch die Hilfsangebote des Landkreises besser erreichbar werden. Vertreter des Landkreises waren bei der Projektsitzung zu den kommunalen Präventionsketten vom Familienzentrum beeindruckt, da die vorgestellten Zahlen bereits sehr gut sind.

Herr Voit stellt fest, dass jeder Mensch, der aus dem Leistungsbezug geholt wird, bereits ein Gewinn ist. Jedoch können politische Gegner beispielsweise kritisieren, dass beispielsweise durch die Beratungsangebote des Jobcenters Doppelstrukturen geschaffen werden. Vor dieser Kritik muss die Verwaltung geschützt werden.

Frau Dr. Granzow entgegnet, dass keine Doppelstrukturen entstehen. Die Beratungssprechstunden werden von den Jobcentermitarbeitenden angeboten, welche diese Beratungen sonst in ihren eigenen Räumlichkeiten durchführen würden.

Herr Beushausen erklärt, dass man im sozialen Bereich nicht wirtschaftlich messen kann und Gewinne nicht transparent gemacht werden können. Die Situation in Alfeld ist nicht vergleichbar mit der Hildesheimer Nordstadt. Er bedauert, dass heute die Presse nicht da ist, um über die Wirkung des Familienzentrums zu berichten. Er betont, dass solche Projekte notwendig sind und der Standort im Zentrum der Stadt richtig ist. Eine Angliederung an eine Kita oder Standort in einem der Ortsteile wären falsch gewesen.

Herr Franke schlägt vor die heutige Präsentation der Alfelder Zeitung zur Verfügung zu stellen.

Herr Beushausen will die Zeitung gemeinsam mit dem Pressesprecher auf diesen Bericht hinweisen, da die Erfolge nach einem Jahr auch öffentlich präsentiert werden sollten.

5. Sachstandsbericht zum Projekt Chancengleich "Gemeinsam wachsen - Kleine Gärten für eine starke Gemeinschaft."

Frau Holzgreve stellt den Bericht anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage 2).

Frau Friedemann bedankt sich für die Präsentation, betont, dass das Projekt einen positiven Beitrag zu Begegnungen leistet. Sie fragt, wie die Gruppenzusammensetzung gestaltet ist und ob insbesondere auch Kinder teilnehmen.

Frau Holzgreve antwortet, dass das Projekt erst seit einem halben Jahr läuft und bisher eine Projektgruppe für den Bau der Außenmöbel und Beete entstanden ist. Es gibt zudem einige interessierte Familien, die beim Start der Bepflanzung der Beete hinzukommen möchten.

Herr Franke spricht an, dass es auch an der Perkstraße ein eingezäuntes Grundstück gibt, welches sich für das Projekt eignen könnte.

Herr Beushausen erläutert, dass die Fläche der Stadt gehört und noch ein Restgebäude enthält, da nach dem Erwerb nur der auffällige Teil abgerissen werden konnte. Eine erneute Veräußerung wird angestrebt. Für die Baulücke in der Holzer Straße ist dies hingegen unter anderem aufgrund ihrer Größe keine Option.

6. Sachstandsbericht zum Launchpad-Workshop "Pimp Your Town"

Frau Friedemann öffnet die Sitzung für Wortbeiträge der Zuhörerinnen.

Frau Wöhler stellt sich als Lehrerin der CBS vor. Sie lobt das „Pimp Your Town“ Projekt im Namen der Schülerinnen und Schülern und ihres Kollegiums. Die Ratsmitglieder haben den jugendlichen Wertschätzung entgegenbracht und sich viel Mühe gegeben. Sie bemerkt, dass die Politikverdrossenheit an der CBS teilweise zurückgegangen ist, was auch von der Schulrat Habermalz Schule (SHS) bestätigt wird.

Frau Friedemann bedankt sich für den Beitrag und beendet die Wortbeiträge der Zuhörerinnen.

Herr Voß und Frau Holzgreve stellen den Bericht anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage 3).

Frau Dr. Granzow ergänzt zu Folie 4, dass der abgelehnte Antrag zum Thema „Sicherheit öffentlicher Orte“ dennoch aufgeführt ist, da geklärt werden soll wie dringend das Thema für die Jugendlichen ist.

Frau Friedemann bedankt sich für die Präsentation und hebt hervor, dass sich daraus wichtige politische Aufgaben ergeben und das Projekt eine große Bedeutung für die Zusammenarbeit der Schulen hat.

Herr Beushausen lobt das Projekt und dass auch teilnehmende Jugendliche heute anwesend sind. Er kritisiert, dass das von einer Schülerinnengruppe vorgestellte Thema bei der Debatte in der Kurt-Schwerdtfeger-Aula im ersten Teil des Projekts „Pimp Your Town“ unsachlich behandelt wurde. Hier hätte der Veranstalter eingreifen müssen, da auch in der Politik an solchen Stellen ein Ordnungsruf erteilt würde. Zudem wäre der erstellte Film zu dem Projekt sehr wichtig gewesen, dieser ist jedoch aufgrund einer Datenpanne nicht verfügbar. Beim Launchpad-Workshop war zudem die Vorbereitungszeit auf die Diskussionsrunde zu kurz angesetzt. Er schlägt vor in Zukunft einen anderen Veranstalter auszuwählen, der mehr Gestaltungsmöglichkeiten zulässt und dann das Projekt noch einmal mit dem neuen Rat durchzuführen.

Herr Lohmann fragt, ob das Angebot des KUBA „Sport für alle“ aus diesem Projekt entstanden ist und wie es genutzt wird.

Herr Voß erklärt, dass es sich um ein offenes Sportangebot von 2 Stunden pro Woche in der Sporthalle der Carl Benscheidt Realschule (CBS) handelt und von der Jugendpflege angeleitet wird. Es nehmen zwischen 5-12 Jugendliche pro Termin teil.

Frau Holzgreve merkt an, dass es dieses Angebot schon mit dem Treff gab.

Herr Dinkela lobt das „Pimp Your Town“ Projekt, da die Jugendlichen dort konstruktiv und informiert aufgetreten sind. Er befürwortet eine jährliche Durchführung ohne den Veranstalter. Er merkt zudem an, dass Anträge, die von den Jugendlichen abgelehnt worden sind, auch so von der Politik akzeptiert und nicht weiterbearbeitet werden sollten.

Frau Dr. Ganzow erklärt, dass es sich bei dem Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ nicht um ein politisches, sondern um ein ordnungsrechtliches Thema handelt. Es besteht ein fachliches Interesse seitens der Verwaltung daran zu wissen, ob sich jemand in Alfeld unsicher fühlt. Zudem haben die Lehrkräfte angemerkt, dass bei der Diskussion des Antrags dieser nicht aus sachlichen Gründen abgelehnt worden ist.

Herr Beushausen ergänzt, dass es störend wirkt, abgelehnte Anträge weiter zu behandeln. Gleichzeitig besteht jedoch seitens der Verwaltung ein Interesse daran, ordnungsrechtlich tätig zu werden um Befragungen und Gespräche mit der Polizei zu führen. Es ist überraschend, dass dieses Thema, wie auch das Thema finanzielle Bildung, von den Jugendlichen selbst eingebracht wurde.

Herr Dinkela stimmt dem zu, findet jedoch, dass es abgegrenzt von den anderen Themen betrachtet werden sollte.

Herr Voit merkt an, dass grundsätzlich auch abgelehnte Anträge nicht aus der politischen Debatte verschwinden und Sicherheit ein wichtiges Thema ist.

Frau Friedemann erklärt, dass die Verwaltung unabhängig vom Launchpad-Workshop bei diesem Thema nachhaken sollte.

Herr Beushausen schlägt vor den Antrag zu neutralisieren. Die Gruppe der Jugendlichen soll aus fachlichen Gründen vom Ordnungsamt befragt werden und über die Ergebnisse soll berichtet werden.

Frau Friedemann öffnet die Sitzung für Wortbeiträge der Zuhörerinnen.

Eine der beiden Schülerinnen berichtet, dass die Jugendlichen mit dem aktuellen Skatepark an der Hackelmasch sehr unzufrieden sind. Der Platz ist nicht beleuchtet, vermüllt und dient als Pausen/Schlafplatz für Bus- und LKW-Fahrer sowie Aufenthaltsort für suchtkranke Personen.

Sie erklärt, dass viele Jugendliche einen neuen Standort in den Leinewiesen nahe dem Stadion bevorzugen würden. Sie ist weiterhin an der Umsetzung des Antrages beteiligt.

Frau Friedemann lobt die Beteiligung der Jugendlichen.

Frau Wöhler erklärt, dass die CBS und SHS an einer Weiterführung des Projektes interessiert sind, jedoch ohne den bisherigen Anbieter. Dieser hat in der zuvor von Herrn Beushausen geschilderten Situation in der SHS zu spät eingegriffen und war auch teilweise fachlich wenig vorbereitet. Sie schlägt eine Ausweitung auf die Jahrgänge neun und zehn vor sowie eine Durchführung im ersten Halbjahr. Lehrkräfte der Schulen sollten bei dem Projekt nicht anleiten, damit es keinen schulischen Charakter bekommt. Außerdem betont sie die Bedeutung eines außerschulischen Veranstaltungsortes.

Herr Lohmann bedankt sich für die Umsetzung sowie die aktive Mitarbeit aller am Projekt „Pimp Your Town“. Zudem begrüßt er, dass sich die Verwaltung gemeinsam mit den Schülerinnen erneut mit dem Thema Sicherheit im öffentlichen Raum befassen möchte.

Frau Meier bezieht sich auf den Antrag „Erweiterung Busfahrzeiten“ in der Präsentation und schildert, dass die Schulbusse überfüllt sind und sowohl in den Bussen als auch im Gedränge an den Haltestellen lebensgefährliche Situationen entstehen. Da sich die Situation seit Jahrzehnten nicht ändert wünscht sie sich, dass die Verwaltung erneut mit dem Landkreis darüber spricht.

Frau Friedemann erklärt, dass sie dort mit dem Leiter des Schulamtes gesprochen hat und die Thematik dort bekannt ist. Der Landkreis führt Gespräche mit der RVHI, jedoch sollten auch die Schulen mehr Vorfälle an den Landkreis melden um die Dringlichkeit des Themas hoch zu halten.

Herr Beushausen merkt an, dass es bei diesem Thema auch rechtliche Änderungen gibt und fraglich ist, ob das Stehen in den Bussen überhaupt weiterhin zulässig ist. Zudem sind Probleme mit einem Busfahrer bekannt, der sich übergriffig gegenüber Schülerinnen verhält. Hierzu hat er bereits die RVHI kontaktiert.

Eine der beiden Schülerinnen bestätigt, dass sie bereits bei einigen Fahrern ein übergriffiges Verhalten erfahren musste.

Herr Beushausen bekräftigt, dass es dies in Zukunft nicht mehr geben wird.

7. **Mitteilungen der Verwaltung**

Keine Mitteilungen

8. **Anfragen**

Herr Dinkela erklärt, dass er eine zunehmende Präsenz des Themas Gesundheit wahrnimmt und es in einem Ausschuss konzentriert werden sollte. Hierfür eignet sich seiner Ansicht nach dieser Ausschuss am besten. Daher schlägt er vor das Thema zukünftig hier zu verorten.

Herr Beushausen merkt an, dass hierfür die Hauptsatzung geändert werden müsste. Es gibt bei dem Thema viel Entwicklung und befürwortet die Aufnahme in einen Ausschuss. Die feste Verortung sollte durch den neuen Rat beschlossen werden. In der nächsten Ausschusssitzung soll ein Bericht über die Wirkung des Familienzentrums in Bezug auf die regionale Gesundheitsversorgung im Sozialraum präsentiert werden.

Herr Dinkela entgegnet, dass eine Änderung der Hauptsatzung lange dauert und die neue Wahlperiode bald startet.

Herr Beushausen schlägt vor die Themenverortung mit dem neuen Bürgermeister in der konstituierenden Sitzung des neuen Rates zu beschließen

Frau Friedemann ergänzt, dass in neuen Wahlperioden die Ausschüsse regelmäßig umbenannt werden, um neuen gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden.

Frau Friedemann schließt die öffentliche Sitzung um 18:50 Uhr.

Vorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin